

ANTRAG

Antragsteller*in: *Lorenz Horvath, Frederik Witjes, Arman Shariat, Marcus Lieder, Flora Majcen, Karin Auer, Markus Lamprecht, Victoria Korbiel, Jakob Dirnböck (SchüVo)*

Tagesordnungspunkt: *16.2. Leitantrag des Bundesvorstands*

LANEU2: Schule neu denken – Mit liberaler Bildungspolitik zu einem selbstbestimmten Lernen

Antragstext

Schule neu denken - Mit liberaler Bildungspolitik zu einem selbstbestimmten Lernen

Das österreichische Schulsystem ist zu stark auf Gleichschritt und Einheitslösungen ausgerichtet. Dabei wird übersehen, dass Schüler:innen unterschiedliche Interessen, Talente und Lerngeschwindigkeiten haben. Frontalunterricht und veraltete Strukturen bremsen Potenzial, während wertvolle Lebenszeit in ineffizienten Pflichtstunden verloren geht.

Als JUNOS Schüler:innen fordern wir einen echten Neustart für die Schule: Wir wollen ein Bildungssystem, das Eigenverantwortung stärkt, Leistung belohnt und moderne Technologien nutzt - orientiert am Prinzip des „2 Hour Learning“-Modells.

Unsere Vision: Mehr lernen in weniger Zeit

In Zeiten von Künstlicher Intelligenz und digitalen Plattformen ist es nicht mehr zeitgemäß, dass alle Schüler:innen im selben Tempo lernen müssen. Das Modell „2 Hour Learning“ zeigt, dass Schüler:innen mit adaptivem, technologiegestütztem Lernen den Stoff eines gesamten Schuljahres in nur zwei Stunden pro Tag bewältigen können - und dabei sogar besser abschneiden als im herkömmlichen Schulsystem. Statt alle über einen Kamm zu scheren, wird gezielt dort angesetzt, wo Lernlücken bestehen, und gleichzeitig Potenziale gefördert.

20 Wir fordern:

- 21 • Die Einführung adaptiver Lernplattformen in den Schulalltag, die
22 individuelle Lernpfade ermöglichen und Schüler:innen in ihrem eigenen
23 Tempo fördern. Dabei sollte darauf geachtet werden, dass (wo möglich)
24 multimodale Lernangebote geschaffen werden (Videos, Text, ...), sodass
25 jede:r die effizienteste Lernmöglichkeit wählen kann.

- 26 • Die schrittweise Reduktion ineffizienter Pflichtstunden zugunsten
27 individualisierter Lerneinheiten und digitaler Selbstlernphasen.

- 28 • Individualisierte Lernpfade, die Schüler:innen selbstständig mit digitalen
29 Tools durchlaufen - begleitet von motivierenden Lernbegleiter:innen statt
30 klassischen Lehrer:innen.

31 **Mehr Zeit fürs Leben**

32 Wenn Schüler:innen nur noch zwei Stunden pro Tag für formales Lernen benötigen,
33 entsteht Freiraum - und dieser sollte bewusst genutzt werden. Die Nachmittage
34 müssen nicht für stundenlange Hausübungen oder zusätzliche Theorie verschwendet
35 werden, sondern können der Entwicklung praktischer Fähigkeiten dienen. Ob
36 Rhetorik, Unternehmertum, Medienkompetenz oder Teamfähigkeit: Diese Skills sind
37 im Leben entscheidend - im Unterricht aber oft Nebensache.

38 Wir fordern:

- 39 • Ein verpflichtendes Nachmittagsangebot zur Förderung von Life Skills:
40 Kreativität, unternehmerisches Denken, Projektarbeit, Finanzbildung,
41 soziales Engagement und mehr.

- 42 • Kooperationen mit Unternehmen, NGOs und Hochschulen, um reale Erfahrungen
43 und Inspiration in die Schule zu bringen.

- 44 • Wahlfreiheit und Mitbestimmung, welche Inhalte Schüler:innen am Nachmittag
45 verfolgen - denn nur wer mitgestaltet, lernt mit Begeisterung.

46 **Chancengerechtigkeit durch Technologie**

47 Das derzeitige Schulsystem verstärkt soziale Ungleichheiten, anstatt sie
48 auszugleichen. Kinder aus bildungsfernen oder einkommensschwachen Familien
49 starten oft mit schlechteren Voraussetzungen und haben geringere Unterstützung
50 zu Hause - ein Nachteil, den Schule nur selten kompensieren kann. Technologie
51 kann hier der große Gerechtigkeitsbringer sein: KI-Tutoren diskriminieren nicht.
52 Sie sind unendlich geduldig, passen sich an das Leistungsniveau jedes Kindes an
53 und fördern individuelles Wachstum - unabhängig von Herkunft, Einkommen oder
54 Bildungsstand der Eltern.

55 Wir fordern:

- 56 • Einen flächendeckenden Zugang zu digitaler Infrastruktur für alle
57 Schüler:innen - unabhängig vom Wohnort oder Einkommen der Eltern.
- 58 • Den Aufbau eines staatlich geförderten Lern-Ökosystems, das Open-Source-
59 Lernplattformen und adaptive Apps frei zugänglich macht.
- 60 • Fortbildungsoffensiven für Pädagog:innen, um die Rolle als „Guide“ statt
61 „Belehrer:in“ einzunehmen.
- 62 • Informationskampagne für Erziehungsberechtigte, da diese das Engagement
63 von Schüler:innen in einem solchen System massiv beeinflussen, und somit
64 das Konzept des "2 Hour Learning" mittragen sollten.

65 **Transparenz, Leistung und Motivation**

66 Leistung muss sich lohnen - das ist ein zentraler Wert liberaler
67 Bildungspolitik. Ziffernnoten sind ein wichtiges Instrument zur Bewertung von
68 Leistung und sollen erhalten bleiben. Gleichzeitig sollen neue Wege geschaffen
69 werden, um individuelle Fortschritte sichtbar zu machen und Schüler:innen
70 gezielt zu fördern.

71 Wir fordern:

- 72 • Beibehaltung von Ziffernnoten als transparente und vergleichbare Form der
73 Leistungsbewertung.

74 • Ergänzung durch digitale Lernfortschrittsberichte, die individuelle
75 Entwicklung und Kompetenzen sichtbar machen.

76 • Einführung von Leistungstrackern und Feedbacksystemen, die
77 Eigenverantwortung und Motivation stärken.

78 Wir glauben an ein Bildungssystem, das Freiheit, Verantwortung und Effizienz
79 vereint. Ein System, das Schüler:innen nicht mehr in Jahrgangsstufen einsperrt,
80 sondern ihnen ermöglicht, sich nach eigenem Tempo zu entfalten. Ein System, das
81 sie nicht auf die Schule, sondern auf das Leben vorbereitet.

82 Es braucht mehr Eigenverantwortung, mehr Freiheit, mehr Zeit für wahres Lernen.

83 Link zum Whitepaper inkl. Resultaten bei standardisierten Tests des "2 Hour
84 Learning"-Modells:

85 [2 Hour Learning White Paper 2024](#)

86 **Das große Ganze**

87 Natürlich stellt dieser Antrag eine sehr große Reform des österreichischen
88 Bildungssystems dar und scheint auch in gewissen Teilen anderen Beschlüssen von
89 uns direkt zu widersprechen. Das liegt daran, dass diese Beschlüsse einen
90 anderen Zeithorizont anstreben. Unser Bildungssystem zu revolutionieren ist eine
91 Mammutaufgabe, die sich nicht einfach so von heute auf morgen umsetzen lässt,
92 weswegen hier eine schrittweise Liberalisierung von Nöten ist. Wir sind
93 bescheiden genug, um dies anzuerkennen, aber gleichzeitig visionär genug, um
94 nicht vor den großen Fragen zurückzuschrecken. Aus diesem Grund wird mit diesem
95 Antrag eine neue Dimension in unsere Programmatik eingeführt - die temporale:

96 • Kurzfristig - jene Anträge, die Reformen an einzelnen Unterrichtsinhalten,
97 Fächern, Schultypen o.ä. fordern. Unter diese Kategorie fallen alle
98 bisherigen und zukünftigen normalen Beschlüsse, sofern nicht anders
99 beschlossen.

100 • Mittelfristig - jene Anträge, die sehr große Reformen an der Gesamtheit
101 unseres veralteten Schulsystems fordern. In diese Kategorie soll derweil
102 einzig dieser Antrag fallen.

- 103
- Langfristig - jene Anträge, die sich nicht mehr primär mit dem Betrieb von
104 Schulen befassen, sondern nahezu ausschließlich mit dem Fluss von
105 Ressourcen und der Messung der erbrachten Leistung. Die Beschlüsse "I've
106 been looking for Leistung", "Bildungspflicht statt Absatzpflicht",
107 "Zukunftsfitte Schulen durch eine zukunftsfitte Ausfinanzierung" und
108 "Schule für das Leben statt Leben für die Schule" sollen derweil die
109 einzigen Anträge sein, die in diese Kategorie fallen.

110 Unser ultimatives Endziel ist ein Schulsystem, in dem die Rolle des Staates
111 lediglich auf das Bereitstellen von Ressourcen durch eine Finanzierung, welche
112 direkt den individuellen Schüler:innen folgt, und der Erhebung der erbrachten
113 Bildungsqualität via standardisierter Tests beschränkt ist. Damit nutzen wir den
114 effizientesten Mechanismus zur Ressourcenverwendung, den diese Welt kennt: den
115 freien Markt. Weiters tragen wir damit die Geburtssünde des österreichischen
116 Bildungssystems zu Grabe: die vollkommen verrückte Relianz auf Top-Down
117 Policymaking, die jegliche Innovation im Keim erstickt. Wir erklären diesen
118 Ansatz hiermit für gescheitert.

ANTRAG

Antragsteller*in: Lorenz Horvath

Tagesordnungspunkt: 16.3. Weitere Anträge

A1: Wo war mei Leistung? - Matura endlich aufwerten!

Antragstext

1 Während der COVID19-Pandemie gab es vermehrt Diskussionen über die Matura und
2 ihre heutige Bedeutung im Schulsystem. Durch die vielen von der Bundesregierung
3 erlassenen Erleichterungen wurde die Qualität der Matura und damit einhergehend
4 auch der Wert ebendieser enorm verwässert und gesenkt. Dies ist eine fatale
5 Entwicklung, wenn man sich vor Auge führt, dass der Zweck der Matura die
6 Feststellung der Reife für den Beginn eines Hochschulstudiums sein soll und sie
7 diesem, wie man an der steigenden Zahl an Aufnahmetests, selbst an heimischen
8 Universitäten, unschwer erkennen kann, einfach nicht mehr richtig nachkommt. Als
9 Maturant:in merkt man oft selbst, dass das Niveau der Matura als Abschluss der
10 Schulkarriere kaum eine Herausforderung darstellt und fragt sich so zu recht:
11 "Wo war mei Leistung?".

12 Dies muss sich ändern. Es muss sich ändern, da eine Matura, die für keine
13 Bewerbung an einer guten Uni reicht, die kein Arbeitgeber wertschätzt und die
14 keine lernerische Herausforderung darstellt schlichtweg keine
15 Daseinsberechtigung hat. Da könnten wir sie einfach abschaffen - und es würde
16 sich rein gar nichts ändern. Aber das ist nicht unsere Vision. Das ist nicht
17 unser Anspruch. Erst recht nicht an ein Bildungssystem, welches Leistung fordern
18 und fördern soll, wie wir Liberale es uns immer wieder auf die Fahne schreiben.
19 Nein, uns JUNOS Schüler:innen schwebt etwas komplett anderes vor:

20 Die Matura muss schwerer werden. Sie muss wieder zu einer echten Herausforderung
21 werden. Nur so können wir österreichischen Schüler:innen einen leichteren
22 Bewerbungsprozess bei Universitäten und eine bessere Wettbewerbsfähigkeit am
23 Arbeitsmarkt - sowohl im In-, als auch im Ausland - ermöglichen.

- 24 • Wir fordern, dass die Matura wieder eine Reifeprüfung wird, deren Niveau
25 international wettbewerbsfähig ist.

26 Aber eine Steigerung des Niveaus ist nur möglich, wenn wir tatsächlich gerechte
27 Chancen für alle Schüler:innen in Österreich schaffen. Es ist absolut
28 unverständlich, warum manche Schüler:innen ihre Mathematura auf einem primitiven
29 Taschenrechner mit Zettel und Papier bestreiten müssen, während andere moderne
30 Computerprogramme wie Mathcad oder GeoGebra verwenden dürfen, welche
31 Ableitungen, grafische Darstellungen oder Gleichungssysteme innerhalb von
32 Millisekunden lösen können. In Zukunft sollen alle Schüler:innen Zugang zu allen
33 zugelassenen Hilfsmitteln bekommen und sich selbst entscheiden können, welche
34 sie verwenden.

- 35 • Wir fordern, dass allen Schüler:innen alle zugelassenen Hilfsmittel zur
36 Verfügung gestellt werden und diese sich selbst entscheiden können, welche
37 sie verwenden möchten.

38 Weiteres muss die Bewertung der Maturen reformiert werden. Während die meisten
39 Lehrkräfte kompetent und ehrlich benoten, gibt es immer wieder Fälle, in denen
40 die eigenen Schüler:innen besser oder schlechter benotet werden als
41 gerechtfertigt wäre. Das muss sich ändern.

- 42 • Wir fordern daher, dass alle Maturen von schulfremden Lehrkräften
43 korrigiert werden.

44 Ein höheres Maturaniveau allein wird die jetzigen Probleme der internationalen
45 Rekognition jedoch nicht lösen. Hier braucht es eine konzentrierte,
46 diplomatische Anstrengungen von seiten der Bundesregierung, um bilaterale
47 Abkommen mit anderen Staaten abzuschließen. Gerade die BMHS-Matura wird
48 vielerorts nicht anerkannt, so auch in der Schweiz, welche mit der ETH und der
49 HSG, aber auch einer Vielzahl anderer hochqualitativen Universitäten, bestimmte
50 BMHS-Absolventen entweder pauschal ausschließt, oder ein Studium nur durch
51 irrational strenge Auflagen ermöglicht.

- 52 • Wir fordern, dass die Bundesregierung durch bilaterale Abkommen die
53 internationale Anerkennung der Matura (insbesondere der BMHS-Matura)
54 ausweitet.

ANTRAG

Antragsteller*in: Lorenz Horvath

Tagesordnungspunkt: 16.3. Weitere Anträge

A2: Plan von Wirtschaft statt Planwirtschaft

Antragstext

1 Wir JUNOS Schüler:innen glauben an die Kraft der Freiheit - auch im Denken. Eine
2 freie Gesellschaft braucht wirtschaftlich gebildete Bürger:innen, die nicht
3 blind Parolen folgen, sondern Zusammenhänge verstehen. Gerade in Zeiten
4 wachsender wirtschaftlicher Unsicherheit, falscher Heilsversprechen und
5 ideologischer Narrative fordern wir eine ökonomische Bildung, die verständlich,
6 faktenbasiert und ideologiefrei ist. Unser Ziel ist klar: Wirtschaft verstehen -
7 nicht verzerren.

8 **Ökonomie begreifbar machen - statt mit Fachbegriffen** 9 **erschlagen**

10 Derzeit lernen Schüler:innen oft Begriffe wie „BIP“, „Magisches Viereck“ oder
11 „Globalisierung“ auswendig, ohne wirklich zu verstehen, was dahintersteckt oder
12 wie es ihr Leben betrifft. Wir fordern:

- 13 • Ökonomische Bildung in der Unterstufe, die praxisnah und lebensnah
14 gestaltet ist.

- 15 • Ein Unterricht, der Prinzipien wie Angebot und Nachfrage, Preise, Anreize
16 und Marktprozesse an greifbaren Beispielen vermittelt: Wieso kostet ein
17 Diamant mehr als eine Flasche Wasser? Warum ändert sich das, wenn ich in
18 der Wüste am Verdursten bin?

- 19 • Einsatz moderner Methoden: Simulationen, Rollenspiele, Planspiele und

20 digitale Tools, um ökonomische Zusammenhänge erlebbar zu machen.

21 Denn wer Wirtschaft versteht, fällt nicht auf Populismus herein.

22 **Wirtschaftsbildung entideologisieren - Anti-Kapitalismus hat** 23 **keinen Bildungsauftrag**

24 Unsere Schulbücher und Klassenzimmer sind häufig von einem klaren anti-
25 marktwirtschaftlichen Bias geprägt. Statt wirtschaftliche Systeme objektiv zu
26 analysieren, werden Meinungen als Fakten verkauft. Wir kritisieren:

- 27 • Schulbücher, die „Kapitalismus“ mit Gier, Ausbeutung und Umweltzerstörung
28 gleichsetzen, während kommunistische Systeme geschönt oder kaum behandelt
29 werden.

- 30 • Lehrkräfte, die einseitige Narrative wie „Neoliberalismus tötet“, „Der
31 freie Markt ist eine Diktatur des Kapitals“ oder „Kapitalismus basiert auf
32 Ausbeutung“ verbreiten und damit ganz klar ihre Verpflichtung zur
33 objektiven und fairen Bildung verletzen.

- 34 • Die Stigmatisierung der industriellen Revolution, obwohl sie Millionen
35 Menschen aus der Armut geholt, Bildung ermöglicht und den Grundstein für
36 unsere heutige soziale Marktwirtschaft gelegt hat.

37 Wir fordern:

- 38 • Eine objektive und faktenbasierte Auseinandersetzung mit
39 Wirtschaftsmodellen, inklusive einer kritischen Betrachtung der
40 historischen und gegenwärtigen Realität von Kommunismus, Sozialismus und
41 Planwirtschaft.

- 42
- Die klare Trennung von Bildung und politischer Agitation. Schulen sind
- 43

44 **Markt statt Marx**

45 Statt junge Menschen mit einer rückwärtsgewandten Sehnsucht nach Planwirtschaft
46 zu indoktrinieren, sollten wir ihnen zeigen, wie freiheitliche Märkte Wohlstand
47 schaffen und erhalten.

48 Wir wollen:

- 49 • Eine positive und differenzierte Darstellung von marktwirtschaftlichen
50 Prinzipien als Teil der Lösung - nicht des Problems.

- 51 • Schüler:innen befähigen, selbst zu analysieren, zu hinterfragen und zu
52 argumentieren - auf Basis von Wissen, nicht Ideologie.

- 53 • Das Verständnis fördern, dass Märkte unter rechtsstaatlichen
54 Rahmenbedingungen mehr Freiheit, Innovation und Wohlstand bringen als jede
55 zentral geplante Alternative.

56 Die Schule darf kein Ort der Indoktrination sein. Wirtschaftliche Bildung muss
57 Schüler:innen befähigen, statt sie zu beeinflussen. Wir fordern eine klare
58 Abkehr von linker Dogmatik im Klassenzimmer und den Mut zu einer
59 faktenbasierten, liberalen Bildungsoffensive.

ANTRAG

Antragsteller*in: Lorenz Unger, Anselm Husz, Louis Oberhammer & Marcus Lieder

Tagesordnungspunkt: 16.3. Weitere Anträge

A3: Eine professionelle Gesetzeslage für eine professionelle Vertretung!

Antragstext

1 Das überschulische Vertretungssysteme in Österreich bietet unglaubliche
2 Möglichkeiten, hat aber auch ganz klare Schwächen, welche neben z.B.:
3 Untätigkeit, fehlender Transparenz oder falscher Themensetzung auch die deutlich
4 reformbedürftige Gesetzlage ist.

5 Vor allem ersichtlich ist dies bei den Funktionsdauernder
6 Schüler:innenvertreter:innen die sich im Maturajahrgang befinden, dem dahingehend
7 eingeschränkten Wahlrecht für die LSV, sowie der Art und Weise der Funktion
8 passiver Schüler:innenvertreter:innen.

9 Die Funktionsdauer von Schüler:innenvertreter:innen beträgt grundsätzlich ein
10 Schuljahr, und endet davor nur durch: Ausscheiden aus dem Verband (Klasse,
11 Fachabteilung, Schule), Rücktritt oder Abwahl. Dies führt das Problem mit sich,
12 dass es, im Falle, dass Teile, oder sogar die ganze SV aus Maturant:innen
13 besteht, vom letzten Schultag der Maturaklassen ab eine unvollständige SV gibt,
14 bzw., in zweiterem Fall, rechtlich sogar eine Neuwahl erforderlich wäre. Dabei
15 wäre es deutlich sinnvoller, dass die, bereits eingearbeiteten,
16 Schüler:innenvertreter:innen der Maturajahrgänge, sollten sie das wollen, bis
17 zur Wahl einer neuen SV Anfang des nächsten Schuljahres, weiterhin in ihrem Amt
18 zu behalten, wie es auch bei überschulischen Vertreter:innen der Fall ist.

19 • Wir fordern, dass SchuUG dahingehend zu ändern, dass die Funktionsperiode
20 für SVler:innen im Maturajahrgang der von SVler:innen in anderen
21 Jahrgängen angeglichen wird. Als Formulierung kann hier beispielsweise
22 SchVG §7(3), letzter Satz, dienen.

23 Während diese Änderung auch das Problem des aktiven LSV-Wahlrechts für aktive

24 SVler:innen lösen würde, kann man leider nicht damit rechnen, dass diese zeitnah
25 implementiert wird, weshalb eine Übergangslösung notwendig ist. Diese ist die
26 Vorverlegung des Stichtages auf einen Termin vor dem letzten Schultag der
27 Maturaklassen, da für das Wahlrecht nur das Schülersein am Stichtag, nicht aber
28 am Tag der Wahl notwendig ist.

- 29 • Daher fordern wir, dass die Bildungsdirektionen österreichweit angewiesen
30 werden, den Stichtag für die Erstellung des Wahlberechtigtenregisters auf
31 einen Termin vor Abschluss des Maturajahrganges zu setzen.

32 Ein weiteres Problem in der Gesetzeslage zeigt sich aktuell in der rechtlichen
33 Lage der passiven Schüler:innenvertreter:innen, die in Wirklichkeit gar keine
34 solchen sind, sondern ausschließlich Vertreter:innen abwesender
35 Schüler:innenvertreter:innen im SGA sind. Dies führt dazu, dass im Falle eines
36 Ausscheidens einer Person aus der aktiven SV die passiven nicht nachrücken,
37 sondern die Position unbesetzt bleibt. Dies lässt sich einfach lösen, indem die
38 passiven Schüler:innenvertreter:innen gesetzlich dazu ermächtigt werden, bei
39 Ausscheiden einer Person aus der aktiven SV diese Stelle übernehmen.

- 40 • Wir fordern, dass SchuUG dahingehen zu ändern, dass passive
41 Schüler:innenvertreter:innen in dem Fall, dass aktive
42 Schüler:innenvertreter:innen aus dem Amt ausscheiden, der Reihenfolge
43 ihrer Wahlpunkte nach, in die aktive Schüler:innenvertretung aufrücken.

ANTRAG

Antragsteller*in: Gregor Czepl

Tagesordnungspunkt: 16.3. Weitere Anträge

A4NEU4: Religion - ¡AFUERA!

Antragstext

1 Wir JUNOS Schüler:innen erkennen an, dass Religion vielen Menschen Sicherheit
2 und Stabilität im Leben verleiht. Jedoch ist die Schule in erster Linie ein Ort
3 der Wissens- und Wissenschaftsvermittlung, und in diesem Raum hat Religion
4 deutlich in den Hintergrund zu rücken. Neben dem im Antrag "Extremismus an
5 Schulen? Nicht mit uns!" beschriebenen Punkten fordern wir daher weitere
6 Maßnahmen, die religiöse Feste sowie Rechtsnormen im Bezug auf Religion
7 behandeln.

8 Im Schulunterricht wird sich oft noch auf religiöse Feste, wie etwa die
9 Erstkommunion, vorbereitet. Wem die Teilnahme an und Vorbereitung von religiösen
10 Festen wichtig ist, sollte sich dafür aus freien Stücken entscheiden und dies in
11 der eigenen Freizeit tun, nicht aber im Unterricht.

- 12 • Wir fordern, dass die Teilnahme an religiösen Festen in Schulen
13 ausschließlich auf freiwilliger Basis (Opt-In) erfolgt. Niemand soll zur
14 Teilnahme verpflichtet werden; stattdessen müssen Schülerinnen und Schüler
15 aktiv zustimmen, wenn sie an solchen Veranstaltungen teilnehmen möchten.
- 16 • Wir fordern daher ein Verbot von Vorbereitungen religiöser Feste in
17 Schulen.

18 Auch religiöse Symbole in öffentlichen Schulen sehen wir als unangebracht an,
19 diese stehen nicht im Einklang mit der Aufgabe des Staates & der Schule in
20 dieser Sache neutral zu bleiben.

- 21 • Wir fordern die Abschaffung & Abhängung von religiösen Symbolen in

22 Klassenzimmern & Schulgebäuden.

23 Ebenfalls ist das Religionsbekenntnis der einzelnen Schüler:innen von keiner
24 Relevanz für den Betrieb einer Schule. Dass diese Information auch noch auf
25 Zeugnissen abgedruckt ist, grenzt an einen Skandal, zumal diese Zeugnisse als
26 Vorlage bei bestimmten Institutionen wie Universitäten oder etwaigen
27 Arbeitgebern dienen müssen und die Religionszugehörigkeit hier kein relevantes
28 Kriterium sein darf.

- 29 • Wir fordern daher, dass das Religionsbekenntnis von Schüler:innen weder
30 der Schulleitung noch sonstigen staatlichen oder schulischen Organen
31 bekannt gegeben werden muss.

32 Manche der vorhergegangenen Forderungen lassen sich durch eine einfache
33 Gesetzesänderung umsetzen, andere sind derzeit nicht umsetzbar, da der Staat
34 Österreich ein Abkommen geschlossen hat, welche das österreichische
35 Bildungssystem künstlich in seinem Handlungsspielraum begrenzen. Wir JUNOS
36 Schüler:innen sehen nicht ein, warum Dritte über die Gestaltung des
37 Bildungssystems bestimmen sollten.

- 38 • Wir fordern daher die Aufkündigung sämtlicher bildungsrelevanter Verträge,
39 welche Schulen zu religiösen Praktiken oder religiösem Unterricht
40 verpflichten.

41 Quelle:

42 [https://eurydice.eacea.ec.europa.eu/eurypedia/france/fundamental-principles-and-](https://eurydice.eacea.ec.europa.eu/eurypedia/france/fundamental-principles-and-national-policies)
43 [national-policies](https://eurydice.eacea.ec.europa.eu/eurypedia/france/fundamental-principles-and-national-policies)

44 [https://www.schulamt.at/wp-](https://www.schulamt.at/wp-content/uploads/2019/01/Religionsunterrichtsgesetz.pdf)
45 [content/uploads/2019/01/Religionsunterrichtsgesetz.pdf](https://www.schulamt.at/wp-content/uploads/2019/01/Religionsunterrichtsgesetz.pdf)

ANTRAG

Antragsteller*in: *Remco Spauwen, Alisa Gradiscevic, Lorenz Unger*

Tagesordnungspunkt: *16.3. Weitere Anträge*

A5NEU5: Gutenachtgeschichte – Schlafen im Geschichtsunterricht!

Antragstext

1 Jeder kennt ihn und hat ihn mindestens schon einmal in der Schullaufbahn erlebt:
2 den trockenen, monotonen, einseitigen und ultra-langweiligen
3 Geschichteunterricht, in dem die halbe Klasse schläft und die andere Hälfte nur
4 mit einem Ohr zuhört. Es wird nur aus Lehrbüchern vorgelesen und jeder zweite
5 Satz ist unverständlich. Es werden keine aktuellen Themen behandelt, das
6 Weltgeschehen ignoriert und vom eigentlichen Unterricht bleibt am Ende sowieso
7 nichts hängen.

8 Geschichte sollte kein totgeschriebenes Buch sein, Geschichte ist lebendig,
9 durch Geschichte kann man die Vergangenheit reflektieren, die Zukunft besser
10 gestalten und die Welt verstehen. Genau diese Motivation sollte im
11 Geschichteunterricht vermittelt werden, Schüler:innen sollten Spaß daran haben,
12 Geschichte zu lernen. Deshalb fordern wir JUNOS Schüler:innen, dass:

- 13 • im Geschichtsunterricht über aktuelle Beispiele zu historischen
14 Gegebenheiten diskutiert wird. Dies soll ein tatsächliches Verständnis und
15 politisches/geschichtliches Interesse fördern.

16 Ein abwechslungsreicher Unterricht sollte das Ziel jedes Faches sein, aber ist
17 vor allem im Geschichteunterricht besonders wichtig. Dies ist erreichbar mit
18 z.B. Dokumentationen, Power-Point Präsentationen, Referaten, Arbeitsaufträgen
19 und interaktiven Diskussionen zum aktuellen geschichtlichen/politischen
20 Weltgeschehen.

- 21 • Daher fordern wir diversere Aufgabenstellungen und eine facettenreichere
22 Vermittlung der Inhalte des Lehrplans.

23 Wie könnte Geschichteunterricht mehr Spaß machen? Um Geschichte live zu erleben,
24 fordern wir in allen Bundesländern mehr geschichtliche und politische

25 Lehrausgänge! Attraktionen wie eine Parlaments- oder Landtagsführung oder ein
26 Ausflug zu historischen Stätten, können eine echte Verbindung zu Vergangenheit,
27 Gegenwart und Zukunft herstellen. Desweiteren kann aktuelles, regionales,
28 politisches Geschehen für Schüler:innen durch simple Podiumsdiskussionen
29 verständlicher gemacht und interaktiver vermittelt werden.

- 30 • Wir fordern mehr Lehrausgänge im Rahmen des Geschichteunterrichts, um
31 Schüler:innen den Lehrstoff mit echten und lebensnahen Beispielen besser
32 zu vermitteln.
- 33 • Wir fordern, dass für Oberstufenschüler:innen verpflichtend
34 Podiumsdiskussionen mit verschiedenen demokratiepolitisch relevanten
35 Teilnehmer:innen veranstaltet werden, um ihnen die Wichtigkeit von
36 Demokratie und Politik nachvollziehbarer und begreiflicher zu machen.

37 Gerade im Geschichteunterricht bietet sich auch generell die Einbindung externer
38 Exper:innen gut an. Diese stellen nicht nur themenspezifisches Fachwissen
39 bereit, sondern sorgen auch für dringend notwendige Abwechslung, die zu erhöhter
40 Aufmerksamkeit und Interesse von Schüler:innen führt.

- 41 • Daher fordern wir, dass in Unterrichtseinheiten, in denen es thematisch
42 gut passt, Experten zu den jeweiligen Bereichen eingeladen werden, um den
43 Schüler:innen passende Abwechslung zu bieten.

44 In einem zeitgerechten Schulsystem sollte es einen zeitgerechten
45 Geschichteunterricht geben und genau diesen können wir weitestgehend mit den
46 oben angeführten Forderungen erreichen. Diese sind mit etwas Mühe gut umsetzbar!
47 Lassen wir das Fach Geschichte nicht sterben sondern mit zeitgenössischen Ideen
48 aufblühen!

ANTRAG

Antragsteller*in: Gregor Czepl

Tagesordnungspunkt: 16.3. Weitere Anträge

A6: Bürokratie ins Büro, nicht in die Klasse!

Antragstext

1 Wir JUNOS Schüler:innen stehen für eine Schule, in der Schüler:innen zu mündigen
2 Bürger:innen gebildet werden. Mündigkeit ist dabei nichts weiter als ein anderes
3 Wort für Verantwortungsbewusstsein und Eigenständigkeit. Leider haben sich
4 Schulen in den letzten Jahren durch stetig zunehmende Regulierung zu staatlichen
5 Helikoptereltern entwickelt, die genau diese Eigenverantwortung nicht fördern,
6 sondern sie im Keim ersticken.

7 Ein konkretes Beispiel für diese Regulierungen und Eingrenzungen ist der
8 Brandschutz. Dieser ist natürlich wichtig, mittlerweile allerdings komplett
9 überbordend. Es wird Schüler:innen dadurch unmöglich gemacht, sich
10 beispielsweise in einer Mikrowelle eine warme Mahlzeit zuzubereiten oder sich im
11 Sommer mittels Ventilatoren abzukühlen. Auch dürfen keine Sitzmöbel oder
12 Ähnliches mit in die Klasse genommen werden, selbst wenn diese von Schüler:innen
13 kostenlos der Klasse zur Verfügung gestellt werden. Zusätzlich zu dieser
14 Freiheitsberaubung entstehen aber auch ernstzunehmende rechtliche Probleme für
15 Lehrkräfte, die ihren Schüler:innen etwas Gutes tun wollen, diese Regelungen
16 ignorieren, sich dadurch aber im Ernstfall verschulden.

17 Auch wenn solche Regelungen gut gemeint sind, so schränken sie Schüler:innen wie
18 auch Lehrkräfte unnötig in ihrem Handeln ein und richten eigentlich mehr Schaden
19 an, als sie abwenden. Schüler:innen müssen nicht vor jeder Kleinigkeit geschützt
20 werden, denn nur durch die Konfrontation mit Problemen in der echten Welt kann
21 man auch persönlich wachsen.

22 Doch nicht nur Schüler:innen sind davon betroffen. Auch Lehrkräfte werden
23 aufgrund des mangelnden Vertrauens des Bildungsministeriums in ihrer Arbeit
24 stark eingeschränkt. Um die Kontrolle zu behalten, müssen Lehrer:innen
25 mittlerweile einen Großteil ihrer Arbeitszeit nicht mit dem Unterricht, sondern
26 dem Ausfüllen von Listen für das Ministerium verbringen. Dafür wählten diese

27 allerdings nicht den Beruf der Lehrkraft, dafür wurden sie nicht jahrelang
28 ausgebildet und dafür werden sie auch nicht bezahlt. Lehrer:innen sollen endlich
29 wieder ihre Arbeitszeit mit der Ausbildung von Schüler:innen verbringen können.
30 Dazu braucht es nur eines: Mehr Vertrauen in ihre Fähigkeiten.

- 31 • Wir JUNOS Schüler:innen fordern daher eine grundlegende, praxisnahe
32 Überprüfung, Aktualisierung und Entbürokratisierung von Regulierungen im
33 Schulbetrieb.

ANTRAG

Antragsteller*in: *Elija Lambourne*

Tagesordnungspunkt: *16.3. Weitere Anträge*

A7: Schulen stärken. Partnerschaften mit der Privatwirtschaft

Antragstext

1 Schulen stärken. Partnerschaften mit der Privatwirtschaft

2 Hinweis: Dieser Antrag zielt darauf ab, näher (wenn auch oberflächlich) auf die
3 Werbe-/Sponsoringverträge, wie im Antrag „Zukunftsfitte Schulen durch eine
4 zukunftsfitte Ausfinanzierung“ unter dem Punkt „Drittmittel“ beschrieben,
5 einzugehen.

6 Schulen sind die Grundpfeiler unserer Gesellschaft, deren eigene Grundpfeiler
7 oftmals selbst marode sind. Denn Schulen sind chronisch unterfinanziert und das,
8 obwohl der Staat knapp 3 % des BIP für Sekundarschulen ausgibt. Leider wird für
9 diesen Bereich in absehbarer Zukunft kaum Geld hinzukommen. Aufgrund dieser
10 Tatsache sehen wir JUNOS Schüler:innen es als notwendig, unsere Schulen durch
11 Außenfinanzierung zu unterstützen. Unser Schulsystem kann nämlich nicht auf ein
12 unwahrscheinliches Budget-Hoch warten.

13 Besonders wenn es um grundsätzliche Bedürfnisse wie eine funktionierende
14 Infrastruktur oder nutzbare Toiletten & Heizungen geht, kann es kein Warten
15 geben. Dabei gäbe es in vielen Fällen die perfekte Außenfinanzierung: private
16 Unternehmen.

17 Meist ist es im Interesse privater Unternehmen, möglichst früh Schüler:innen zu
18 erreichen, um zukünftige Arbeitskräfte und Kunden zu gewinnen.

19 Dementsprechend fordern wir grundsätzlich, dass:

20 · Schulen sich gegenüber Sponsoring von privaten Unternehmen offen positionieren
21 und diese zunehmend forcieren.

22 Trotz der Möglichkeiten wird es Schulen erschwert, via Werbeverträge oder

23 ähnlichen Kooperationen an Außenfinanzierung durch private Unternehmen zu
24 kommen.
25 Beispielsweise ist es der Schulleitung untersagt, Werbeverträge abzuschließen.
26 Dieses Recht entfällt dem Schulerhalter (Land, Bund, Bezirk, ...) (Quelle für OÖ:
27 [1]), und das obwohl der „Bund“ die Freiheit zur Ermächtigung der Schulleitungen
28 bereits 2013 an die erste Instanz (Landesschulräte) vergeben hat [2].
29 Dementsprechend fordern wir JUNOS Schüler:innen, dass:

- 30 • die Kompetenz zur Abschließung von Werbeverträgen der Schulleitung
31 verliehen wird. Das Schulforum/SGA sollte dabei weiterhin eine beratende
32 Rolle spielen.

33 Sollte man es trotzdem geschafft haben, als Schulleiter:innen einen Sponsoring-
34 /Werbevertrag abgeschlossen zu haben, darf man das Geld nicht einfach ausgeben.
35 Stattdessen sieht das Bundesministerium eine Überweisung sämtlicher Entgelte auf
36 das PSK-Bundeskonto vor. Diese Entgelte dürfen dann nur im Rahmen der
37 „zweckgebundenen Gebarung“ ausgegeben werden. Deshalb fordern wir JUNOS
38 Schüler:innen, dass:

- 39 • aus Werbe-/Sponsoringverträgen entsprungene Entgelte, ohne Zweckbindung,
40 direkt von der jeweiligen Schule ausgegeben werden dürfen. Dabei ist jedoch
41 trotzdem Rechenschaft zu führen, um einen Missbrauch der Mittel zu vermeiden.

42 Abschließend ist noch zu erwähnen, dass wir ebenfalls schützende Aspekte der
43 Gesetzgebung für sinnvoll halten. Beispielsweise sollten Sponsoring-
44 /Werbeverträge nicht in den Bildungsauftrag der Schulen eingreifen. Darüber
45 hinaus sollten Werbungen/Sponsorings nur durch altersgemäße Unternehmen erfolgen
46 und niemals durch Unternehmen, welche ein Suchtverhalten der Schüler:innen
47 zufolge haben können. Auch Politische-/Parteiwerbung hat keinen Platz an
48 Schulen.

49 Wir appellieren an alle Beteiligten, diese Partnerschaften zu fördern und
50 umzusetzen, um unseren Schulen die Unterstützung zu geben, die sie dringend
51 benötigen. Auch wenn die Einnahmen nur ein Tropfen auf den heißen Stein sind.
52 Nur durch gemeinsames Handeln können wir sicherstellen, dass alle Schülerinnen
53 und Schüler in einer Umgebung lernen können, die ihren Bedürfnissen gerecht
54 wird.

55 Referenzen

56 [1]

57 0. Bildungsdirektion, "Ö Bildungsdirektion," 2016. [Online]. Available:
58 [https://www.bildung-ooe.gv.at/dam/jcr:e7f72a28-3740-4fab-a91d-eee28f042d2b/A3-](https://www.bildung-ooe.gv.at/dam/jcr:e7f72a28-3740-4fab-a91d-eee28f042d2b/A3-92-4-16%20Kommerzielle%20Werbung%20an%20Schulen%20-%20Verbot%20aggressiver%20Gesch%3Fftspraktiken.pdf)
59 [92-4-16%20Kommerzielle%20Werbung%20an%20Schulen%20-](https://www.bildung-ooe.gv.at/dam/jcr:e7f72a28-3740-4fab-a91d-eee28f042d2b/A3-92-4-16%20Kommerzielle%20Werbung%20an%20Schulen%20-%20Verbot%20aggressiver%20Gesch%3Fftspraktiken.pdf)
60 [%20Verbot%20aggressiver%20Gesch%3Fftspraktiken.pdf](https://www.bildung-ooe.gv.at/dam/jcr:e7f72a28-3740-4fab-a91d-eee28f042d2b/A3-92-4-16%20Kommerzielle%20Werbung%20an%20Schulen%20-%20Verbot%20aggressiver%20Gesch%3Fftspraktiken.pdf).

61 [2]

62 Bildungsministerium, 2013. [Online]. Available: [https://www.bildung-](https://www.bildung-sbg.gv.at/component/edocman/896-sponsoringvereinbarungen-2.html?Itemid=0)
63 [sbg.gv.at/component/edocman/896-sponsoringvereinbarungen-2.html?Itemid=0](https://www.bildung-sbg.gv.at/component/edocman/896-sponsoringvereinbarungen-2.html?Itemid=0).

ANTRAG

Antragsteller*in: Gregor Czepl

Tagesordnungspunkt: 16.3. Weitere Anträge

A8: Das Internet ist kein Neuland!

Antragstext

1 Nach dem Fehlstart des "Portal Digitale Schule" und dem Neustart dieses Portals
2 als "Bildungsportal" verfügt die Republik Österreich mittlerweile über eine
3 funktionierende Blog-Seite um günstige 12 Millionen Euro.

4 Im Jahr 2025 sollte allerdings in Sachen Digitalisierung im Bildungsbereich mehr
5 möglich sein. Eine Digitale Plattform wie das Bildungsportal sollte vor Allem
6 den Zugriff auf Informationen für Lehrkräfte, Schüler:innen als auch
7 Erziehungsberechtigte einfacher gestalten und nicht zusätzliche bürokratische
8 Lasten verursachen. Wir JUNOS Schüler:innen fordern zudem einige digitale Tools,
9 um den Wettbewerb in und zwischen Schulen zu fördern (z.B. Bildungscloud,
10 Schulvergleiche). Das Bildungsportal würde sich hier als perfekte Möglichkeit
11 anbieten, diese Tools zentral zu bündeln, um den Zugang zu diesen möglichst
12 niederschwellig und unbürokratisch zu gestalten.

13 Wir fordern daher:

- 14 • Den schrittweisen Ausbau des Bildungsportals zur zentralen digitalen
15 Schnittstelle aller digitalen Angebote des Bildungsministeriums.
- 16 • Die Bündelung bestehender und zukünftiger digitaler Tools (z. B. digitale
17 Lehrmittel, Schulvergleiche, Bildungscloud) auf einer einheitlichen
18 Plattform.
- 19 • Die Sicherstellung von Benutzerfreundlichkeit, Barrierefreiheit und
20 geringer Bürokratie beim Zugriff auf und der Nutzung von digitalen
21 Angeboten für alle Nutzergruppen (Lehrkräfte, Schüler:innen,
22 Erziehungsberechtigte).

23 Dieser Antrag ist nicht als Forderung nach großen, neuen Innovationen zu
24 verstehen, sondern vielmehr als Bündelung bereits bestehender digitaler
25 Infrastruktur, wie auch einiger Forderungen von JUNOS Schüler:innen. Er ist eine
26 Erweiterung des Antrags "[Digitalisierung](#)" der VIII Mitgliederversammlung.

27 Quelle:

28 <https://www.bildung.gv.at/>

29 https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/AB/16244/imfname_1603778.pdf

30 <https://antragsschmiede.junos.at/web/viiimvschuelerinnen/motion/1166>

ANTRAG

Antragsteller*in: *Marcus Lieder*

Tagesordnungspunkt: *16.3. Weitere Anträge*

A9: Klimawandel im Klassenzimmer – Dystopie oder Realität?

Antragstext

1 Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Schulen
2 sind nicht nur der Ort, an dem wir lernen, sondern auch der, wo wir einen großen
3 Teil – teilweise sogar die Mehrheit – unserer Jugend. Nachdem Schüler:innen auf
4 ausreichende Infrastruktur der Schule angewiesen sind, ist es längst an der
5 Zeit, dass Schulen auch dieser Herausforderung entgegenkommen.

6 Uns allen ist bewusst, dass Hitze und schlechte Luftqualität einen sehr
7 negativen Einfluss auf die Konzentrationsfähigkeit haben und diese zwei Faktoren
8 in den kommenden Jahren nur negativer werden. Genau aus diesem Grund ist es
9 essentiell, in allen Klassenzimmern eine lernfördernde Temperatur und
10 Luftqualität sicherzustellen.

11 Wichtig hierbei ist, dass Schulen autonom agieren und es sinnvolle sowie
12 effiziente Lösungen gibt. Daher fordern wir:

- 13 • dass alle geeigneten Schuldächer mit Photovoltaikanlagen ausgestattet
14 werden. Schulen sollen langfristig energieautark werden und so einen
15 aktiven Beitrag zum Klimaschutz leisten. Überschüssig produzierte Energie
16 kann ins Netz eingespeist und Schulgebäude, die jene notwendige
17 Infrastruktur nicht besitzen, genützt werden.
- 18 • die Ausstattung aller Klassenzimmer mit smarten Raumklimasystem, die CO₂-
19 Werte messen und die Raumtemperatur effizient steuern. Somit soll der
20 Energieverbrauch gesenkt werden und ein lernförderndes Klima
21 sichergestellt werden.
- 22 • regelmäßige Workshops und Projektwochen zum Thema nachhaltiger
23 Schulbetrieb, in denen Schüler:innen konkrete Ideen zur Reduktion des
24 ökologischen Fußabdrucks ihrer Schule entwickeln und umsetzen, damit

25
26

Schüler:innen die Aufgabe des Klimawandels bewusster wird und sie mehr in
Veränderung eingebunden sind.